

Protokoll

14. Sitzung vom 20. Juni 2011
Seite 307

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 20. Juni 2011, 19.00 Uhr – 21.00 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstr. 4
Teilnehmende	33 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Heinz Kundert, Stadtschreiber, Melanie Imfeld, Ratssekretärin (Protokoll) und Paul Bossert, Ratsweibel
Entschuldigte	Corina Bürgi (Ferien), Albert Stahel (Zunftanlass)

Gemeinderatspräsident Tobias Mani, teilt mit, dass sich Wädenswil momentan im Ausnahmezustand befinde. Vergangenes Wochenende habe man auf der Halbinsel Au ein sehr schönes Fest erleben dürfen – 100 Jahre Aukonsortium. Während in der Au nun die Zelte abgebrochen werden, werden andere im Wädenswiler Berg aufgestellt. Am Freitag, 24. Juni beginne das kantonale Turnfest. Dies seien einmalige Highlights, die dokumentieren, dass Wädenswil ein attraktives Stadtleben habe, was nur durch freiwillige Arbeit möglich sei.

Heute beschäftige man sich hauptsächlich mit der jährlich wiederkehrenden Rechnung. Es sei natürlich ein nicht wirklich attraktives Highlight, aber auch dies brauche wichtige Vorarbeit. Als Gemeinderatspräsident habe er das Privileg, einmal im Jahr bei den Kommissionen vorbei zu schauen. Er habe sich vergewissern können, dass in der GRPK kompetent und mit viel Engagement gearbeitet werde. Er sei auch bereits an einer Bürgerrechtskommission-Sitzung gewesen. Es sei erstaunlich, wie viel in dieser halben Stunde über die Einbürgerungskandidaten in Erfahrung gebracht werden könne. Über ihre Motivation, ihre Haltungen, über ihr Staatsverständnis und über ihre Integration. Er könne nun in Zukunft mit noch besserem Wissen den Bürgerrechtsanträgen der Bürgerrechtskommission folgen. Dies seien einfach zwei Aufzählungen gewesen, er wisse, dass in den anderen Kommissionen auch gut gearbeitet werde. Er spreche allen einen grossen Dank aus.

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde für das Jahr 2010
3. Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2010
4. Postulat von Thomas Hartmann, SP, vom 17. August 2010, überwiesen am 4. Oktober 2010, betreffend Verbesserung Sicherheit am Bahnhof; Beantwortung

5. Interpellation der CVP-Fraktion, vom 23. November 2010, überwiesen am 24. Januar 2011, betreffend die Begabungs- und Begabtenförderung (Begafö); Beantwortung
6. Postulat der SP-, EVP/EDU- und GP-Fraktion und GLP, vom 6. Juni 2010, überwiesen am 21. Juni 2010, betreffend Attraktivität des Radwegnetzes in Wädenswil; Beantwortung
7. Postulat der SVP, vom 24. Mai 2010, überwiesen am 21. Juni 2010, betreffend Ermahnung der Hundehalter über ihre Pflichten; Beantwortung
8. Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 24. Januar 2011, überwiesen am 28. März 2011, betreffend Gewerbebauland in der Au ZH sowie der Zone für öffentliche Bauten (Kat.-Nr. 8880); Beantwortung
9. Postulat der SVP, vom 1. Juni 2010, überwiesen am 21. Juni 2010, betreffend Wädenswiler Studenten Jahresfest; Beantwortung
10. Interpellation der GP-Fraktion, vom 3. Juni 2011, betreffend der Förderung der Biodiversität in Wädenswil; Begründung
11. Interpellation von Willy Rüegg, SP, vom 6. Juni 2011, betreffend Stadtentwicklung; Begründung

Die Traktandenlisten wurde rechtzeitig in der ZSZ amtlich publiziert.

Aufgrund der Abwesenheit von Stimmzählerin Corina Bürgi muss ein Tagesstimmzähler gewählt werden. Das Büro schlägt **Thomas Hartmann** vor. Der Vorschlag wird nicht erweitert.

1. Mitteilungen

keine

1.1 Eingänge

- Interpellation von Willy Rüegg, SP, vom 6. Juni 2011 betreffend Stadtentwicklung
- Interpellation der GP-Fraktion, vom 3. Juni 2011 betreffend Förderung der Biodiversität in Wädenswil
- Schriftliche Anfrage von Adrian Stucki und Heinz Wiher, GP, vom 7. Juni 2011 betreffend Zürisee Center Wädenswil
- Einladung zur GR-Sitzung vom 20. Juni 2011
- Bericht und Antrag zur Rechnung 2010
- Sitzungstermine 2012

1.2 Überweisungen

keine

10.06

2. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde für das Jahr 2010

Gemeinderatspräsident Tobias Mani, teilt mit, dass seit der Überarbeitung des Geschäftsreglements des Gemeinderats bei der Rechnung, beim Geschäftsbericht und beim Budget keine Eintretensdebatte/-abstimmung mehr stattfindet, denn der Rat sei von Rechts wegen verpflichtet auf diese Geschäfte einzutreten.

Detailberatung:

Präsidentin der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission Christina Zurfluh Fraefel, SVP, teilt mit, dass sie sich für die kleinen Fehler im Bericht und Antrag vorweg entschuldigen möchte.

Zu den Revisionen des GAZ sowie der Visitationen des Bezirkrats, welche aufgelistet seien, habe sie folgende Ergänzung: Wenn nichts anderes vermerkt wäre, wie im vorliegenden Fall, könne davon ausgegangen werden, dass alles in Ordnung sei.

Gemäss Analysten habe die Schweiz die Wirtschaftskrise gut gemeistert, dies unter anderem auch aufgrund der vielen KMU's, mit deren Hilfe Klumpenrisiken vermieden werden konnten. Die Finanzkrise habe die Schweizer Wirtschaft Mitte 2009 überwunden und sich seither kräftig erholt. Im 4. Quartal 2010 sei das Wachstum bei beeindruckenden 0.8% gegenüber dem Vorquartal gelegen, obwohl das Wirtschaftsklima um die Schweiz herum zum Teil immer noch sehr angespannt gewesen sei. Auch die Stadt Wädenswil habe sich gut durch die Krise manövriert, und so schliesse die Rechnung 2010 mit einem geringen Defizit von Fr. 0.4 Mio. oder mit einem durchschnittlichen Nettovermögen pro Einwohner von Fr. 1'591.-- ab. Dass das Nettovermögen um über Fr. 300.-- pro Einwohner gestiegen sei, dafür seien, unter anderem und einmal mehr höhere Steuererträge verantwortlich. Der Selbstfinanzierungsgrad betrage hohe 179%. Zur Erinnerung: Der Finanz- und Entwicklungsplan (FEP) würde sogar nur 50% zulassen, wenn – wie aktuell – viele Investitionen anstehen. Die vielen Investitionen in Wädenswil, der starke Franken und die grosse Unsicherheit und Nervosität an den Finanzplätzen seien verbunden mit viel Unbekanntem und so möchte sie persönlich darauf verzichten, bereits Überlegungen zu einem künftigen Steuerfuss einfließen zu lassen. Für das hinter uns liegende 2010 seien die Finanzkennzahlen einmal mehr im grünen Bereich und so könne man von einem mehrheitlich positiven Rechnungsabschluss reden.

Zu danken dafür sei allen verantwortlichen Personen, welche zu diesem guten Ergebnis beigetragen hätten. Allen voran dem zuständigen Stadtrat Paul Rota, der Leiterin Finanzen und Controlling, Silvia Frutiger und allen Abteilungschefs, die für die Einhaltung der Budgets verantwortlich seien, auch dem Leiter der Buchhaltung, dem Steuersekretär und allen Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Nicht zu vergessen sei ein Dank an die Steuerzahler, welche vermehrt das tiefe Zinsniveau des Markts verschmähen würden und lieber ihre Steuerzahlungen vorziehen.

Vom 9. bis am 13. Mai 2011 habe sie von der GRPK die Besuchswoche und somit in den verschiedenen Verwaltungsabteilungen die finanzpolitische Prüfung durchgeführt. An dieser Stelle gehe ein offizieller Dank an alle involvierten Personen. Das Gemeindeamt Zürich habe die finanztechnische Prüfung der Rechnung 2010 vorgenommen und empfehle mit Schreiben vom 12. Mai 2011 diese zu genehmigen. Im Bericht und Antrag haben sie als GRPK auf einige mögliche Verbesserungen hingewiesen, und sie hoffen, dass diese ernst genommen und baldmöglichst umgesetzt würden.

Im Namen von allen Mitgliedern der GRPK wolle sie beantragen, die Rechnung 2010 und die NPM-Berichte abzunehmen. Zustimmung zur Abnahme dürfe sie auch im Namen der SVP-Fraktion bekannt geben. Sie empfehle auch im Namen aller Mitglieder der GRPK, den Geschäftsbericht abzunehmen.

Gian-Fadri Gattiker, FDP, teilt mit, dass die FDP erfreut sei über den insgesamt positiven Geschäftsabschluss 2010. Die FDP befürworte die Abnahme sowohl von der Rechnung 2010, als auch vom Geschäftsbericht, der zwar wie schon in den Vorjahren kleine Unstimmigkeiten aufweise, aber insgesamt sehr informativ sei.

Auch im Jahre 2010 hätten bedeutend höhere Steuereinnahmen generiert werden können, was den budgetierten Aufwandüberschuss von Fr. 9.1 Mio. auf Fr. 0.4 Mio. reduziert habe und praktisch ein ausgeglichenes Ergebnis ergeben habe. Da man Fr. 3.7 Mio. ausserordentlich, das heisse nicht betriebswirtschaftlich erforderlich, abgeschrieben habe und zudem Fr. 3.2 Mio. in die Vorfinanzierung der Frohmatt gesteckt habe, entspreche das Ergebnis, einem positiven Resultat von Fr. 6.5 Mio. Die Finanzsituation sei also nicht ganz transparent, aber sehr komfortabel. Die Eigenmittel seien hoch. Die Kosten- und Budgetdisziplin habe Gegenüber dem Vorjahr auch verbessert werden können. Seien es 2009 noch Fr. 3.5 Mio. gewesen, sei das Budget 2010 kostenmässig "nur" noch um Fr. 1.1 Mio. überschritten worden. Sicher sei das auch auf ein verbessertes Controlling zurückzuführen. Die FDP lege grossen Wert auf das Controlling. In dem Zusammenhang interessiere sie auch die Beantwortung vom Postulat Abteilungsübergreifendes Controlling vom 15. Juni 2010. Ein optimaler Budgetprozess, eine nahtlose Geschäftsüberwachung mit einem aussagekräftigen Reporting und auch Prognosen seien wichtige Elemente für eine zuverlässige Planung und ein erfolgreiches Geschäft. Sie würden mit Erstaunen feststellen, dass grüne und linke Kreise das Controlling offenbar für überflüssig und störend halten und Budgetüberschreitungen als selbstverständlich und normal erachten würden. Absurderweise und wider besseres Wissen behaupten sie, dass gewisse Budgetpositionen, die seit Jahren immer zunehmen, absichtlich zu tief budgetiert würden, um die Steuern senken zu können. Die Fakten lägen da völlig anders: Im Zeitraum von 2002 bis 2010, das heisse in den letzten acht Jahren, sei in der Schweiz die Teuerung 7% gewesen. In Wädenswil seien im gleichen Zeitraum hingegen die jährlichen Kosten um 35% gestiegen. Es gebe wenige Wädenswiler Bürger, die im Vergleich zu 2002 heute 35% mehr verdienen und ausgeben könnten.

Da müsse noch jemand reklamieren, die Budget- und Kostendisziplin sei nur ein "Theater", um die Steuern zu senken. Nein, Budget- und Kostendisziplin seien nötig, damit die Kosten nicht noch mehr aus dem Ruder laufen würden. Steuern seien für die FDP im jetzigen Zeitpunkt kein vordringliches Thema. Die FDP strebe eine verantwortungsvolle Steuerpolitik an. Sie halte die Entwicklung von den Steuereinnahmen, die Entwicklung von der Bevölkerung und auch die nötigen Infrastrukturprojekte im Auge und werde verantwortungsvoll über allfällige weitere Steuerfussenkungen befinden.

In diesem Sinne sei die FDP für die Abnahme der Rechnung 2010 und vom Geschäftsbericht 2010.

Adrian Stucki, GP, führt aus, dass er sich erlaube zu verschiedenen Themengebieten Stellung zu nehmen.

Investitionen:

Fr. 6.0 Mio. liege die Nettoinvestitionssumme unter dem Voranschlag. Wieder habe es die Stadt Wädenswil nicht annähernd geschafft, die geplanten Investitionen zu tätigen. Man verstehe, dass gewisse Grundlagen wegen den obligatorischen und gesetzlichen Bestimmungen nicht bewilligt werden können. Warum aber könne man nicht Flexibilität beweisen und dringend notwendige Investitionen einfach vorziehen. An Möglichkeiten mangle es bestimmt nicht. Der Rat soll nach Beendigung der Sitzung die Fassade vom Schulhaus Untermosen begutachten. Schlecht isoliert, undicht und unansehnlich präsentiere sie sich. Ein spontaner Entscheid ein solches Bauvorhaben vorzuziehen, würde sicher Lehrer und Lehrerinnen, Schüler und Schülerinnen und die Umwelt dankbar begrüßen.

Werbebotschaft:

Jeder hier im Rat habe sicher im Geschäftsbericht 2010 den Bericht der Abteilung Werke zur Erdgasversorgung gelesen. Man komme sich vor wie beim Werbeblock kurz vor der Tagesschau. Da werde mit Schlagwörtern wie CO₂-Reduktion usw. rumgehauen. Es stehe sogar, er zitiere: "Ein wichtiges Ziel für die Branche ist die Anerkennung von Erdgas als erneuerbare Energie". Diese Aussage sei schlicht falsch, Erdgas sei einfach keine erneuerbare Energie. Man dürfe ihn nicht falsch verstehen, auch er werde nach seinem Hausumbau Erdgasbezüger sein, aber nur ein Teil werde erneuerbar sein und zwar nur der Anteil, den man über Biomasse beziehe könne.

Er appelliere an die Verantwortlichen, den Geschäftsbericht in Zukunft nicht als Werbemedium zu missbrauchen und die Aussagen noch einmal überprüfen zu lassen.

Budgetierung:

Er behaupte wiederum, dass bei der Budgetierung gewisse Ausgabenposten absichtlich tief gehalten werden, damit eine besser prognostizierte Rechnung präsentiert werden könne und dass der Weg für tiefere Steuern geebnet sei. Auch sie seien an einem Controlling und an einer Budgetierung interessiert. Es seien wirklich Fakten, dass zum Teil, wenn eine Abteilung budgetiert habe, das Budget weitgereicht worden sei, und diese Beträge in einer weiteren Lesung entgegen der Budgetrichtlinien gekürzt worden seien. Er habe dies schwarz auf weiss. Es könne aber doch wirklich nicht sein, dass Zahlen die von der Abteilung aufgrund der Budgetrichtlinien erarbeitet worden seien, bei einer späteren Revue einfach ge-

kürzt werden. Ein Budget soll eine möglichst genaue Prognose von zukünftig erwarteten Geldflüssen sein und nicht als Manipulationsinstrument für Steuerzwecke zu missbrauchen. Im Übrigen empfehlen die Grünen der Rechnung 2010 und dem Geschäftsbericht 2010 zuzustimmen.

Christoph Lehmann, SVP, teilt mit, dass er allen Mitarbeitern der Verwaltung danken möchte, welche sich für das Anliegen ausgeglichene Rechnung und Kostendisziplin eingesetzt haben. In der Tat, man habe eine fast ausgeglichene Rechnung.

Im Aufwand sei der Voranschlag um Fr. 0.6 Mio. übertroffen worden, weil die Mehrheit der Abteilungen weniger ausgegeben habe. Beim Ertrag würden die Zahlen etwas anders aussehen, es seien Fr. 8 Mio. mehr eingenommen worden als geplant. Die vielfältigen Gründe wolle er nicht im Detail aufzählen, aber zu "übersichtiger Budgetierung" möchte er etwas sagen. Er stelle fest, dass ein Betrag in der Rechnung 2009 sehr viel höher ausfiel, als was im Voranschlag 2010 budgetiert worden sei. Wenn die Rechnung 2010 den Betrag aus dem Vorjahr jedoch bestätige oder übertreffe, müsse er annehmen, dass zu vorsichtig budgetiert worden sei. Er sehe keine Gründe, dass man mit einem Eigenkapital von Fr. 63 Mio. durch künstliche Verkleinerung der Einnahmen zusätzliche Reserven schaffe. Er würde sich freuen, wenn er bei der nächsten Budgetbesprechung melden könne, dass "angemessen" budgetiert worden sei, respektive mit der Rechnung 2012 auch die Habenseite mehrheitlich dem Voranschlag entspreche.

Im Zentrum der Erträge stünden die Finanzen und Steuern mit 51% und innerhalb dieser Gliederung die Steuern mit knapp 80%. Neutralisiere man den sprunghaften Teil dieser Gruppe, die Grundsteuern, seien Fr. 57 Mio. eingegangen oder verglichen zum Vorjahr, Mehreinnahmen von fast Fr. 4 Mio. Was möchte er damit sagen? Genügend Geld um im Voranschlag 2012 eine weitere Reduktion der Steuern einzuplanen. Die Steuerreduktion verbessere die Attraktivität für Investitionen und unternehmerische Initiativen er denke an die BASF oder andere attraktive KMU's in- und ausserhalb Wädenswil. Und was nicht weniger sei, ein Kick back an die Bevölkerung. Sie habe schlussendlich auch einen massgeblichen Teil zum Erfolg von Wädenswil beigesteuert und werden sich freuen, wenn sie von der gefüllten Kasse etwas profitieren können.

Die SVP sei für Zustimmung zur Rechnung 2010 und zum Geschäftsbericht 2010.

Jonas Erni, SP, möchte kurz Bezug auf das Votum von der FDP nehmen. Die SP sei bestimmt nicht gegen ein Controlling, das hätten sie gar nie gesagt.

Die erneuten Forderungen an eine Steuersenkung könne er nicht nachvollziehen. Man hätte ja die Steuern erst gerade gesenkt und wie schon bei der letzten Budgetdiskussion gesagt, sei es viel sinnvoller zu investieren, zum Beispiel in erneuerbare Energien oder in die Infrastrukturen. Man soll Investitionen machen und damit das einheimische Gewerbe unterstützen. Dies bringe schlussendlich viel mehr als eine Steuersenkung, wobei der Grossteil der Bevölkerung ein paar Franken mehr in der Tasche habe, aber die oberen Millionäre satte Fr. 10'000.-- einsparen.

Berti Stocker, EDU, teilt mit, dass aus der Sicht der EVP/EDU-Fraktion die Stadt Wädenswil mit gesunden Finanzen sehr gut da stehe. Ebenso seien sie erfreut am beinahe ausgeglichenen Jahresabschluss der Rechnung 2010. Die ordentlichen Steuern haben mit den Mehreinnahmen wesentlich zum guten Resultat beigetragen. Die Stadt sei weiterhin bemüht solvente Steuerzahler anzuziehen, damit auch in Zukunft mit diesen Einnahmen gerechnet werden könne um – wie bis anhin – mit einem hohen Selbstfinanzierungsgrad die anstehenden und in Planung befindlichen Investitionen zu verwirklichen.

Die attraktive Wohn- und Bildungsstadt soll nicht nur reiche Neuzuzüger anlocken, sondern auch einer gesunden Bevölkerungsdurchmischung Wohnmöglichkeiten anbieten. Die Verantwortlichen Mitarbeiter haben sich bemüht, den im Budget vorgegebenen finanziellen Rahmen sowie die Ziele, die im NPM festgehalten seien, einzuhalten. Kostendisziplin sei eine Forderung, die auch die EVP/EDU-Fraktion immer wieder an die städtische Verwaltung stelle.

Die Fraktion sei für die Abnahme der Rechnung 2010 sowie des Geschäftsberichts 2010.

Stadtrat Finanzen Paul Rota, teilt mit, dass der GRPK und ihrer Präsidentin Christina Zurfluh Fraefel besten Dank für die wiederum seriöse und speditive Abwicklung und Abnahme der Rechnung und dem vorliegenden äusserst informativen Bericht gebühre. Die Arbeit die hinter diesen Zahlen und Erwägungen stecke, welche freiwillig und uneigennützig im Dienste der Bürger geleistet werde, könne nicht genug erwähnt und geschätzt werden. Es sei ein grosses Dankeschön an dieser Stelle angebracht. Dank auch an alle Mitglieder der GRPK für die einvernehmliche Prüfung während der Besuche der verschiedenen Abteilungen. Ein besonderer Dank gehe auch an alle Verwaltungsabteilungen. Man stecke viel Arbeit und Herzblut rein, damit die Zahlen stimmen und es nicht Anlass zu Kritik gebe.

Er werde nicht gross auf die Zahlen eingehen, da diese vorliegen und sich genügen Personen damit auseinander gesetzt haben. Sie werden alle Voten ernst nehmen, besonders auch die kritischen, und in ihre Budgetierung fürs 2012, welche in der Verwaltung jetzt dann bereits beginne, einfließen lassen. Man könne froh sein und von Glück reden, dass die Rechnung wiederum positiver ausgefallen sei, als vorauszusehen war. Die Zukunft, zu sehen in der laufenden Rechnung 2011, werde vor allem zeigen wie die Entwicklung des Aufwands und der Erträge den Haushalt beeinflussen. Da seien schnell ein paar Millionen verspielt oder in der Rechnung falsch dargestellt, was dann eine grosse Abweichung ausmache. Man habe in den letzten Jahren immer wieder versucht die Zahlen mit dem Wissensstand so gut wie möglich darzustellen. Er möge sich noch erinnern, wie vor 12 oder 13 Jahren sein Vorgänger aus der Not heraus die politischen Zahlen um Millionen korrigiert habe, besonders im Bereich Soziales. Dies finde aber heute in keiner Weise mehr statt. Sei man doch grundsätzlich froh, dass man keine anderen, echten/wirkliche Sorgen habe. "Freude herrscht".

Die Vergangenheit sei ja nicht besonders interessant, es sei eine Fleissarbeit und Geschichtsschreibung. Die Zahlen müssen korrekt sein und dürfen keine wesentlichen Fehler beinhalten. Die Prüfungen und deren Resultate zeigen, dass die Rechnung offenbar in Ordnung sei. Und doch würde man sich bereits über die Budgetierung des nächsten Jahres

Gedanken machen, dass sei eine ganz logische Konsequenz und auch für ihn verständlich. In der Zukunft läge viel spekulativer Spielraum, wobei man sich politisch austoben könne. In der Verwaltung beginne im nächsten Monat der Budgetprozess. Die Vorgaben seien klar, der Abschluss vom ersten Halbjahr 2011 werde den Richtungsverlauf zeigen. Ob es wieder so viele Ausnahmeerscheinungen in diesem Jahr wie im letzten gäbe – besonders auf der Ertragsseite – würde man erst gegen Ende Jahr wissen. Und trotzdem müsse man bis im Herbst so gut und so seriös wie möglich die Einschätzungen fürs 2012 machen. Er sei schon jetzt gespannt auf die Diskussionen im Ratssaal im Dezember.

Was er aber heute schon mit Bestimmtheit feststellen könne: Auf der Ausgabenseite mache die Kosten-Steigerung, die Wünsche und Anliegen der Bevölkerung nicht halt. Man könne nicht mit dem Steuerfuss die Leistungen beeinflussen. Man müsse Farbe bekennen und sagen, wenn man eine Leistung wünsche. Da habe er eine andere Auffassung, es sei vielleicht unangenehmer, aber man müsse darüber sprechen, wenn man etwas nicht mehr will oder Einsparungen machen möchte. Die Ansprüche an die Stadt steigen. Man wünsche sich Qualität, zum Beispiel im Energiebereich, wobei man die Nachhaltigkeit fördern wolle oder eine Schulstadt sowie eine lebendige, gesunde Stadt welche die Jugend und das Alter gleichermassen fördere und die aktiven Vereine und Organisationen unterstütze. Man bewege sich weit unter dem Kantonsmittel mit den Steuererträgen/Einwohner, aber auf der anderen Seite auch unter dem Mittel mit dem Steuerfuss. Was doch erstaunlich sei bei all den städtischen Aufgaben die den Stadtrat überdurchschnittlich belasten würden.

Er möchte keine Zahlen nennen und er möchte auch keine Steuerfussverhandlungen führen, er freue sich auf den Dezember. Er bitte alle im Namen des Stadtrats der Rechnung zustimmen und sie am Schluss abzunehmen. Sofern nötig werde er sich nochmals zu den verschiedenen Abteilungen zu Wort melden.

Zur laufenden Rechnung der einzelnen Abteilungen und gleichzeitig die NPM - Rechnungen: (gelbe Ausgabe)

Präsidiales, S. 6 ff.

Jonas Erni, SP, führt aus, dass er zusammen mit Berti Stocker die Abteilung Präsidiales habe besuchen dürfen. Die Abteilung habe grundsätzlich gut gearbeitet, aber er möchte trotzdem zu vereinzelt Punkten etwas sagen.

Beim der Zentralen Verwaltung sei das Konto Standortoptimierung aufgeteilt worden und daher weise es grosse Differenzen aus. Neu seien das zwei Konten und zwar "Homepage/Webauftritt Wädenswil" und das bestehende Konto.

Die Sachkommission habe bereits schon einmal empfohlen, dass man im Geschäftsbericht der Stadt über den Verlauf und die Ergebnisse der Stiftung grow informiert werde. Im Geschäftsbericht 2010 sei aber wiederum sehr wenig über den Geschäftsverlauf gestanden. Es sei mitgeteilt worden, dass der Rat doch am grow-Àpèro vom 30. Juni 2011 teilnehmen soll um dort die offenen Fragen zu klären und zudem sei er auf den Geschäftsbericht der Stiftung grow verwiesen worden.

Bei der Kultur gebe es ein Sammelkonto, wovon Vereine gewisse Beträge beantragen können.

Dann noch ein grundsätzliches Anliegen, dass anlässlich einer Diskussion zustande gekommen sei und zwar die Information seitens Verwaltungsangestellten gegenüber den Kommission und dem Gemeinderat. Es sei so, dass sich der Gemeinderat immer mit komplexeren Themen oder Problemen auseinander setzen müsse und so auf Erläuterungen von Experten angewiesen sei. Man könne nicht in jedem Thema das durch den Gemeinderat gehe ein Experte sein, darum seien sie umso mehr auf korrekte Erläuterungen seitens der Mitarbeiter angewiesen. Natürlich können dort auch Interessenkonflikte entstehen. Trotzdem sei es wichtig, dass man die Meinung sachlich und korrekt dem Gemeinderat weitergebe und informiere, damit nicht Fehlmeldungen entstehen.

Alles Weitere könne man im Bericht nachlesen.

Stadtpräsident Philipp Kutter, erklärt, dass beim Besuch von Jonas Erni und Berti Stocker der Geschäftsbericht der Stiftung grow noch nicht vorgelegen habe. Der Geschäftsbericht der Stadt werde im März erstellt und der Bericht der Stiftung erst später. Daher könne man schlecht darauf Bezug nehmen. Dass sich der Gemeinderat aber für die Entwicklung und das Tun der Stiftung grow interessiere, sei klar. Inzwischen liege der Tätigkeitsbericht vor, er sei den zuständigen GRPK Mitgliedern zugestellt worden und er werde veranlassen, dass der gesamte Gemeinderat ein Exemplar erhalte. Er könne aber nicht versprechen, dass der Tätigkeitsbericht nächstes Jahr vor dem Geschäftsbericht der Stadt fertig sei.

Für das Anliegen betreffend Information der Kommissionen habe er vollstes Verständnis. Da müsse eine korrekte Information erfolgen. Der Stadtrat und die Verwaltung geben ihr Bestes, dass alle Kommissionen und der Gemeinderat als Ganzes über vollständige Informationen verfügen

Finanzen, S. 16 ff.

Globalkredit Finanzen, S. 80 – S.82

Gian-Fadri Gattiker, FDP, teilt mit, dass er zu den Finanzen schon Stellung bezogen habe. Im Bereich Liegenschaften laufe das Projekt "Facility-Management", das mit externer Unterstützung überarbeitet worden sei und ab August 2011 unter neuer Führung und unter neuer Bezeichnung, nämlich "Wädenswiler Immobilien Bewirtschaftung" (WIB) laufe. Die Übernahme von den Schulbauten sei bereits im Gang. Die Liegenschaften im Verwaltungsvermögen seien inzwischen in der Anlagenbuchhaltung erfasst. Die Neubewertung vom Verwaltungsvermögen folge aber erst im Jahre 2014 nach kantonalen Vorgaben. Auf jeden Fall sei eine Aufwertung zu erwarten. Die Umorganisation ergebe bei der Stadt eine Verzögerung von knapp einem Jahr. Da die Richtlinien erst im 2014 folgen, kompensiere sich dies wieder.

Abschliessend möchte er sich noch für den informativen und kooperativen Gedankenaustausch in der Abteilung bedanken.

Planen und Bauen, S. 22 ff.

Globalkredit Planen und Bauen S. 82 - S. 88

Berti Stocker, EDU, bedankt sich bei der Abteilung für die Beantwortung der Fragen.

Werke, S. 26

Globalkredit Werke S. 88 – S. 94

Migmar Dhakyel, SP, bedankt sich herzlich beim Stadtrat Werke, Ernst Brupbacher, für die Beantwortung der Fragen.

Jonas Erni, SP, führt aus, dass auch ihm bei der Durchlesung des Geschäftsberichts der Abteilung Werke die dreiseitige Werbebotschaft betreffend Erdgas aufgefallen sei. Er denke es sei verwirrend, dass Biogas und Erdgas beide dasselbe Logo haben, nämlich das mit dem grünen Blatt. Erdgas sei eine fossile und Biogas eine erneuerbare Energie. Vermische man diese beiden, entspreche dies nicht einer Energiestadt. Aus diesem Grund habe er sich bei dem Verbund der Energiestädte erkundigt, was sie allgemein von Erdgas halten. Die Antwort sei klar gewesen, dass sie für Energiestädte längerfristig ein Ausstieg aus der Erdgasenergie sehen.

Sicherheit, S. 27 ff.

Globalkredit Sicherheit S. 94 – S. 95

Ivo Peyer, BFPW, teilt mit, dass er sich bei Herrn Andreas Ledermann, Frau Poletti und Herrn Mikus sowie dem Stadtrat Thomas Largiadèr für das offene und interessante Gespräch bedanken möchte.

Zu den Ausführungen im Bericht und Antrag möchte er nicht näher eingehen, ausser auf den Punkt der Stadtpolizei. Die Stadtpolizei sei im Berichtsjahr unterdotiert gewesen. Trotz dieses Missstands habe sie alle notwendigen Aufgaben erledigen können, bzw. dafür gesorgt, dass diese erfüllt wurden. An dieser Stelle ein Dankeschön. Dieser Umstand habe dazu geführt, dass diverse Dienstleistungen "eingekauft" werden mussten, was die Rechnung zusätzlich belastet habe.

Schule und Jugend, S. 31 ff.

Adrian Stucki, GP, führt aus, dass er sich bei der Abteilung bedanken möchte. Besonders bei Herrn Wetzstein, der jede Frage sofort und sehr umfangreich beantwortet habe. Er habe mit Migmar Dhakyel die Abteilung besuchen dürfen, Details könne man aus dem Bericht ersehen.

Zusammenfassend sei zu sagen, dass die Abteilung Schule und Jugend Fr. 0.2 Mio. unter dem budgetierten Nettoaufwand liege. Die Kosten seien verglichen mit dem Jahr 2009 um

Fr. 0.3 Mio. gestiegen, also eine Prozentual-Steigerung von knapp 1.3%. Er erwähne dies, weil man die Kosten im Vergleich zum Jahr 2010 in den Griff bekommen habe, dort seien es knapp 14% gewesen.

Noch ein Beispiel betreffend Budgetierung: Man spreche oft von den sogenannten "Heimversorgungen". Diese seien letztes Jahr mit Fr. 1.4 Mio. budgetiert gewesen und habe mit Fr. 1.986 Mio. abgeschlossen, dies sei ein Plus von Fr. 586'000.--. Sie von den Grünen seien die letzten die kein Geld für solche Heimaufhalte ausgeben wollen, hier gehe es definitiv um das Budget. Es sei auch dieses Jahr nicht viel höher budgetiert worden – um Fr. 100'000.-- sei es gesteigert worden. Laut Aussage der Finanzen sei man bereits eine halbe Million über dem budgetierten Betrag. Jetzt soll ihm jemand sagen, dass das bei dem Posten eine gescheite Budgetierung sei. Er möchte Paul Rota auf keine Art und Weise Absicht unterstelle, er wisse von wie vielen Stellen er jeweils beeinflusst werde und wem er gerecht werden müsse. Er bitte einfach in Zukunft darauf zu achten, denn Fr. 586'000.-- machen ein ganzes Steuerprozent aus – und es könne nicht sein, dass in diesem Posten jedes Jahr ein Steuerprozent verhauen werde. Genau das meine er, wenn er von Manipulation spreche.

Soziales, S. 41 ff.

Globalkredit Soziales S. 96 – S. 99

Globalkredit Alters- und Krankenhaus Frohmatt, S. 100 – S. 102

Christoph Lehmann, SVP, teilt mit, dass er der Abteilung Soziales, Stadträtin Felicitas Taddei, dem Leiter Soziales Markus Morger und seinem Team und für die Frohmattbetriebe Herrn Cristian Rentsch und seinem Team für ihre fachmännische und seriöse Arbeit danke. Sie haben viele Fragen beantworten müssen, es sei ein grosser Arbeitsaufwand gewesen. Zu den Zahlen der Abteilung verweise er auf den Bericht und Antrag Seite 11 bis 13.

Aus dem Sozialbericht des Budgets vom 18. Mai 2011 könne entnommen werden, dass die Gesamtheit der sozialen Absicherung heute mit knapp Fr. 145 Mrd. Franken mehr als das Doppelte betrage, als vor 20 Jahren. Wo stehe Wädenswil, habe er sich gefragt. Man habe die Zahlen schon innerhalb von 10 Jahren verdoppelt. Im Jahr 2000 habe man für Soziales Fr. 22.6 Mio. ausgegeben. Heute würden diese Kosten Fr. 43.3 Mio. betragen. Die Soziale Wohlfahrt nehme damit 29% der Ausgabe ein. Oder anders gesagt: 26 Rappen aus den netto Steuereinnahmen würden in den Nettoaufwand der Abteilung Soziales verschwinden, ohne Frohmattbetriebe verstehe sich. Ein grosser Betrag, welcher meist durch übergeordnetes Recht gesprochen werden müsse. In der Gemeinde funktioniere der Satz "wir sind nicht dafür zuständig" leider nicht, sonst hätte man die schwächsten Bewohner der Stadt auf der Strasse, am Betteln oder in der Kriminalität.

Könnte man trotzdem etwas dagegen tun?

Man unterstütze die Sozialhilfebezügler nicht nur, man beschäftige sie und mache sie zu einem aktiven und non-profit Teil der Gesellschaft. Neben "Wädi rollt" würde man neue Projekte wie "Wädi wischt" – die Stadt könnte im Gegenzug auf laute, energieverwendende Laubbläser verzichten – "Wädi pflückt", Obst und Gemüse aus der Region, oder "Wädi lernt", Anleitung zur Selbsthilfe, Schulung von Arbeitsgeist, erfinden. Man erstelle ein

Sozialhilfe-Register und würde für Wädenswil und andere Gemeinden Transparenz bei Zu- und Wegzug schaffen. Es dürfe doch nicht sein, dass jeder umgezogene Fall zuerst mit Daten abgefüllt werden müsse, wenn diese schon irgendwo erfasst und vorhanden seien.

Man verstärke das Sozial-Controlling und beschäftige mit anderen Gemeinden Sozialdetektive, würde unangemeldete Besuche abstatten, würde den Missbrauch ahnden und bestrafen. Das alles seien keine neuen Ideen und können täglich in irgendwelchen Medien aufgegriffen werden. Die Stadträte, die Politiker, das Publikum und die Gesellschaft seien angesprochen um Themen herauszupicken, abzuwägen, gutzuheissen und umzusetzen, damit nicht immer alles beim Staat kleben bleibe. Aus freimütig müsste zurückhaltend werden, damit man sich diese Ausgaben auch in 10 und 20 Jahren noch zu einem verhältnismässigen Preis leisten könne.

Jonas Erni, SP, erklärt, dass er eine grundsätzliche Kritik am städtischen Submissionsverfahren habe. Dies sei per Zufall bei der Abteilung Frohmatt zur Sprache gebracht worden, sei aber keine Kritik an der Abteilung selber. Beim Gespräch habe man erfahren, dass bei der Bauausschreibung der Sinnesgärten dazumal das Submissionsverfahren angewendet worden sei. Zwei Firmen haben, was das fachliche anbelangt, sehr gut abgeschlossen, aber eine Firma sei vom Preis her viel günstiger gewesen und habe daher den Zuschlag bekommen. Schlussendlich habe es mit dieser Firma nicht geklappt und wiederum habe man eine andere Firma finden müssen, die das Problem gelöst habe. Das erinnere sehr stark an die Geschichte mit der Wolke/Welle. Er sei froh habe der Stadtrat so schnell reagiert, man habe letztens Information über die Anpassung des Submissionsverfahren erhalten, worin der Preis neu weniger gewichtet werde.

Gesundheit, S. 48 ff.

Globalkredit Gesundheit: S. 103 – S. 104

Ivo Peyer, BFPW, teilt mit, dass er an dieser Stelle noch kurz etwas zum Hallenbad mitteilen möchte. Der jährliche Aufwand im Unterhalt des Hallenbads werde sich auch in Zukunft auf Fr. 800'000.-- belaufen. Man müsse sich bewusst sein, dass das Hallenbad in den nächsten Jahren doch einiges kosten werde, aber der Rat hätte "ja" zu einem Hallenbad gesagt.

Der Bachgadenweiher sei zwar teuer saniert worden, aber es freue Gross und Klein, sich in ländlicher Umgebung erfrischen zu können. Auch er mit seinen Kindern habe schon mehrere Stunden dort verbracht und es sei jedem zu empfehlen. Aus seiner Sicht ein voller Erfolg.

Zur Investitionsrechnung: S. 52 ff.:

Beat Wiederkehr, CVP, teilt mit, dass er die Bauabrechnungen mit Unterstützung von Andreas Ledermann und Karl Bachmann geprüft habe. Er danke den beiden Abteilungsleitern für die gute und kooperative Zusammenarbeit.

Die Prüfung der Verpflichtungskredite habe sich nicht nur auf die Belege und die korrekte Darstellung der Abrechnung beschränkt. Sie haben unter anderem auch folgende Fragen gestellt: Seien die seinerzeitigen Beschlüsse des Gemeinderats beziehungsweise der Urnenabstimmung zweckmässig umgesetzt worden? Seien die Ausgaben finanzrechtlich zulässig gewesen? Sei der Submissionsleitfaden des Stadtrats eingehalten worden? Seien die eingereichten Unternehmerofferten nach den vorgegebenen Kriterien richtig bewertet worden? Und seien die Zahlungskonditionen ausgenützt worden?

Aufgrund der vorgenommenen Stichproben dürfe die GRPK diese Fragen grundsätzlich mit "Ja" beantworten. Das gelte aber nicht uneingeschränkt bei der Umgestaltung des Seeplatzes. Der Tages-Anzeiger habe am 27. März 2010 geschrieben: "Mit den Fontänen ist die Seeplatzgestaltung abgeschlossen, welche der Stadt- und Gemeinderat bewilligt haben." Tatsächlich sei es aber keineswegs so, dass das Wasserspiel vom Gemeinderat genehmigt worden sei. Und politisch abgeschlossen sei die Seeplatzgestaltung erst nach heutiger Genehmigung oder Ablehnung der Abrechnung durch den Gemeinderat.

Der Gemeinderat habe am 19. Mai 2008 aufgrund eines einstimmigen Antrags der Sachkommission ebenfalls einstimmig beschlossen, dass anstelle des vom Stadtrat beantragten Kreditanteils von Fr. 100'000.-- für künstlerischen Schmuck, maximal der gleiche Betrag für ein Beleuchtungskonzept ausgegeben werden soll. Es sei anders herausgekommen: Anstelle einer Beleuchtung für Fr. 100'000.-- wurde nun ein Wasserspiel für brutto Fr. 286'000.-- realisiert. Das werfe natürlich Fragen auf: Warum habe die Bevölkerung nicht das bekommen, was der Gemeinderat bestellt habe? Er habe die Frage eingehend mit dem Stadtgenieur Karl Bachmann besprochen. Tatsächlich sei es so, dass die Abteilung Planen und Bauen verschiedene Beleuchtungsszenarien geprüft habe. So seien bei den Bäumen und auch beim Brunnen probenhalber LED-Lampen installiert worden. Die Versuche hätten zu keinem befriedigenden Resultat geführt. Bei zu starker Beleuchtung sei die Lichtverschmutzung zu gross, bei zu schwacher Beleuchtung würden sich nicht die gewünschten Effekte ergeben. Ausserdem bestehen bereits starke Beleuchtungseinwirkungen seitens der SBB und während der dunklen Jahreszeiten auch von der Eisbahn. Die GRPK könne sich diesen Argumenten nicht entziehen und somit den Entscheid des Stadtrats sachlich nachvollziehen.

Wie stehe es aber mit der finanzrechtlichen Zulässigkeit jener Ausgaben? Der Stadtrat habe am 5. Oktober 2009 für das Wasserspiel einen Kredit von Brutto Fr. 270'000.-- beschlossen und habe davon Fr. 120'000.-- dem ursprünglichen Kredit des Gemeinderats und Fr. 150'000.-- dem Fonds für gemeinnützige Zwecke belastet. Gemäss Art. 31 Lit. b der Gemeindeordnung habe der Stadtrat seit 1. Januar 2001 im Einzelfall eine Kreditkompetenz bis zu Fr. 300'000.--, nach den früheren und für den damaligen Kreditbeschluss massgebende Bestimmungen lag die Ausgabekompetenz aber noch bei Fr. 200'000.--. Beziehe sich der stadträtlichen Beschluss nur auf den zusätzlichen Anteil von Fr. 150'000.--, welcher nicht durch den Gemeinderat bewilligt wurde? Oder hätte das Vorhaben, aufgrund der Projektänderung, im Gesamtbetrag von brutto Fr. 270'000.-- nochmals dem Gemeinderat unterbreitet werden müssen? Das letztere wäre sicher der korrektere Weg gewesen. Für die Kommission sei klar: Die vorliegende Abrechnung sei keine Meisterleistung an Transparenz. Es würden nicht alle Verpflichtungskredite dargestellt und die getätigten Investitionen würden nicht brutto ausgewiesen. Auch die nachträgliche Belastung von Fr. 150'000.-- des Fonds für gemeinnützige Zwecke zur Deckung der Kostenüberschreitung sei nicht optimal. Das

Fondsreglement schliesse solche Verwendungen grundsätzlich nicht aus, doch dürfe es nicht sein, dass durch solche Umbuchungen nachträglich Löcher gestopft würden. Eine Nichtgenehmigung der Abrechnung durch den Gemeinderat hätte keine Konsequenzen, würde aber einer politischen Ohrfeige gleichkommen, was angesichts der gesamthaft gelungenen Umgestaltung des Seeplatzes nicht angebracht sei. Trotz dieser Kritikpunkte beantrage die GRPK deshalb am Schluss der Detailberatung, sämtliche Abrechnungen zu genehmigen.

Zur Investitionsrechnung:

Im Wesentlichen könne er wiederholen, was er schon zur Rechnung 2009 und zum Budget 2010 gesagt habe. Es werde deutlich weniger in das Verwaltungsvermögen investiert als geplant. Im Berichtsjahr seien nur zwei Drittel realisiert worden. Trotzdem sei er für die Zukunft zuversichtlich: Die "Welle" könne nach jahrelanger Verzögerung endlich umgesetzt werden, und das nicht nur dank klarer juristischer Entscheide der Beschwerdeinstanzen. Jetzt müsse auch endlich das Velohaus beim Bahnhof in Angriff genommen werden. Er erwarte, dass die SBB nun endlich auch Hand biete, damit dieses Vorhaben zügig umgesetzt werde. Der Gemeinderat habe dazu den Kredit bereits im September 2009, also vor bald zwei Jahren gesprochen.

Rund Fr. 4 Mio. mehr als vorgesehen seien in das Finanzvermögen investiert worden. Im schriftlichen Bericht sei ausführlich dargelegt, dass nach Meinung der GRPK der Kaufpreis von Fr. 3 Mio. für die Büelensstrasse 5 und 7 nicht in die Investitionsrechnung 2010 hätte gebucht werden dürfen. Dadurch hätten sich auch wesentliche Verschiebungen bei der Darstellung des betrieblichen und des investiven Cash-Flow ergeben.

Stadtrat Finanzen Paul Rota, möchte noch etwas zur dubiosen Abrechnung Seeplatz sagen. Sie werden den "Rüffel" entgegennehmen, auf der anderen Seite möchte er erklären, dass man in dem Fond für gemeinnützige Zuwendungen vor ein paar Jahren ein Betrag habe "parkieren" müssen, da die Möglichkeit nicht bestanden habe, einen neuen Fond zu gründen. Der Betrag sei von Herr Zisset, einem alteingesessenen Wädenswiler, gewesen. In seinem Nachlass habe er vermerkt, dass mit seinem Beitrag Projekte in dieser Art zu fördern seien. Der Stadtrat sei sich bewusst, dass es formell nicht ganz perfekt abgelaufen sei, aber es sei richtig gewesen, den Betrag aus diesem Fond für dieses sinnvolle Projekt zu nehmen. Er hoffe der Gemeinderat respektive die ganze Bevölkerung sei einverstanden. Das geplante Lichtspiel konnte leider nicht umgesetzt werden, jedoch das etwas teurere Wasserspiel. Der Fond sei seinerzeit mit einem Betrag von Fr. 120'000.-- aus einem Legat gespiesen worden, das bewusst der Stadt überlassen wurde, mit dem Ziel und Auftrag, das Geld in dieser Art einzusetzen und nicht im Fond für gemeinnützige Zuwendungen zu belassen. Es entschuldige das formelle Vorgehen nicht ganz, aber der Stadtrat habe in diesem Sinne richtig gehandelt, den Betrag wirklich einzusetzen und nicht auf dem Konto „vergammeln“ zu lassen. Der Fond für gemeinnützige Zuwendungen sei so oder so sehr schwer zu handhaben und in der heutigen Zeit kämen auch wenige Gesuche in dieser Art und Weise rein. Darum habe der Stadtrat etwas für die ganze Bevölkerung machen wollen.

Zu den Abrechnungen Politisches Gemeingut (Baukreditabrechnung): (S. 74 ff.)

A) Die GRPK beantragt dem Gemeinderat die Abnahmen der folgenden Bauabrechnung:

Der Ersatz Casolonplatz auf der Sportanlage Beichlen, der mit einem Kredit von 1'580'000.-- vom 19. Mai 2008 **durch den Gemeinderat** beschlossen wurde und mit Gesamtnettokosten von Fr. 1'633'501.85 abzunehmen sei.

Abstimmung:

Der Antrag der GRPK, betreffend Abnahme der Bauabrechnung für den Ersatz des Casolonplatz auf der Sportanlage Beichlen von Fr. 1'633'501.85, wird einstimmig genehmigt.

B) Die GRPK beantragt dem Gemeinderat die Abnahmen der folgenden Bauabrechnung:

Die Umgestaltung Seeplatz, der mit Krediten von Fr. 875'000.-- vom 7. Februar 2005 und Fr. 80'000.-- vom 9. Juli 2007 **durch den Gemeinderat bzw. Stadtrat** beschlossen wurde und mit Gesamtnettokosten von Fr. 994'717.40 abzunehmen sei.

Abstimmung:

Der Antrag der GRPK, betreffend die Abnahme der Bauabrechnung für die Umgestaltung Seeplatz von Fr. 994'717.40, wird einstimmig genehmigt.

C) Die GRPK beantragt dem Gemeinderat die Abnahmen der folgenden Abrechnung:

Der Fussgängerschutz an der Untermosenstrasse, welcher mit einem Kredit vom 29. Oktober 2007 von Fr. 300'000.-- **durch den Gemeinderat** beschlossen wurde und mit einem Gesamtnettokredit von Fr. 319'886.35 abzunehmen sei.

Abstimmung:

Der Antrag der GRPK, betreffend die Abnahme der Abrechnung für den Fussgängerschutz an der Untermosenstrasse von Fr. 319'886.35, wird einstimmig genehmigt.

D) Die GRPK beantragt dem Gemeinderat die Abnahmen der folgenden Abrechnung:

Das Bauprojekt Spital Zimmerberg in Horgen, das mit einem Kredit vom 2. Dezember 2001 von Fr. 6'028'416.00.-- **durch eine Volksabstimmung** beschlossen wurde und mit einem Gesamtnettokredit von Fr. 6'009'678.00 abzunehmen sei.

Abstimmung:

Der Antrag der GRPK, betreffend dem die Abnahme des Bauprojekts Spital Zimmerberg Horgen von Fr. 6'009'678.00, wird einstimmig genehmigt.

Schlussabstimmung über die Rechnung 2010:

Der Rat verabschiedet einstimmig die Jahresrechnung 2010, die Sonderrechnungen sowie die Globalkredite mit Berichten der NPM-Teilprojekte 2010.

16.04.33

3. Abnahme des Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2010

Detailberatung:

Peter Dolder, FDP, erklärt, dass auf der Seite 14 Zusammensetzung der Sachkommission ein Fehler sei. Er sei nach wie vor Mitglied der FDP und natürlich nicht der SP.

Ebenfalls habe er festgestellt, dass bei den Postulaten die von den Vorjahren her noch pendent seien, eines untergegangen sei und zwar das Postulat der FDP-Fraktion vom 30. April 2009 betreffend inakzeptable Situation in der Bahnhofunterführung. Es sei am 8. Juni 2009 begründet und überwiesen sowie im Oktober 2009 aufrechterhalten worden.

Schlussabstimmung:

Der Rat stimmt der Abnahme des Geschäftsbericht 2010 einstimmig zu.

30.00/33.06

4. Postulat von Thomas Hartmann, SP, vom 17. August 2010, überwiesen am 4. Oktober 2010, betreffend Verbesserung Sicherheit am Bahnhof; Beantwortung

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Thomas Largiadèr, führt aus, dass der Stadtrat das Postulat, welches den Polizeiposten der Stadtpolizei Wädenswil im Bereich vom Bahnhof fordere, geprüft habe. Sie hätten mit den Liegenschaftsbesitzern am Bahnhof das Gespräch gesucht und es habe sich herausgestellt, dass in der nahen Zukunft keine freien Räumlichkeiten, zu einem halbwegs akzeptablen Preis, zur Verfügung stehen. Also könne das Anliegen aktuell oder in der nahen Zukunft nicht realisiert werden.

Der Stadtrat sehe aber schon, dass es eine gewisse präventive Wirkung haben würde, sofern der Polizeiposten etwas attraktiver positioniert wäre. Daher ist der Stadtrat bereit, das Anliegen erneut zu prüfen, falls im Bereich vom Bahnhofplatz Räumlichkeiten zu mieten seien.

Thomas Hartmann, SP, bittet um Entschuldigung, dass er seit Februar erst heute zur befürchteten Nichtumsetzung des Postulats Stellung nehmen könne. Er danke dem zuständigen Stadtrat, dass das Anliegen intensiv geprüft worden sei. Er hoffe, dass trotz der heutigen Abschreibung des Postulats, der Stadtrat nicht vergesse, dass er die Idee an und für sich sinnvoll findet, und nicht irgendwann wieder Investitionen vornehme, damit der Polizeiposten versteckt bleiben könne zwischen all den Musikschülerinnen und Schüler.

Er beantrage das Postulat abzuschreiben, er werde die Antwort des Postulats aber nicht so schnell vergessen.

Das Postulat von Thomas Hartmann, SP, vom 17. August 2010, überwiesen am 4. Oktober 2010, betreffend Verbesserung Sicherheit am Bahnhof gilt als erledigt und wird antragsgemäss abgeschrieben.

31.03.20

5. Interpellation der CVP-Fraktion, vom 23. November 2010, überwiesen am 24. Januar 2011, betreffend Begabungs- und Begabtenförderung (Begafö); Beantwortung

Stadtrat Schule und Jugend, Johannes Zollinger, erklärt, dass der Stadtrat die vielen Fragen so gut wie möglich versucht habe zu beantworten. Sie seien etwas erstaunt gewesen, dass der Vorstoss von einer Partei komme, die in der Schulpflege vertreten sei und dass dieses Mitglied in der Schulpflege nie etwas verlauten lassen habe. Die Interpellanten schreiben, sie hätten aus verschiedenen Rückmeldungen das Konzept der Begafö angezweifelt. Dies komme aber in seiner Abteilung immer wieder vor. Es gäbe immer verschiedene Rückmeldungen von Eltern, die nicht ganz zufrieden seien.

Begabungsförderung bestehe in Wädenswil bereits seit 1997. Damals habe man damit begonnen, weil aus verschiedenen Ecken der Bevölkerung und auch aus verschiedenen politischen Gruppierungen die Schule aufgefordert wurde auch etwas für die guten Kindern zu machen. Man solle sich nicht nur immer um die schwachen Schüler kümmern. Das habe man ernst genommen und im Jahr 1997 wurde dies umgesetzt. Damals habe man noch von Hochbegabtenförderung gesprochen, das heisse man habe festgelegt, dass ein Kind ein IQ von 130 haben muss, damit das Kind gefördert werde. Das habe man damals meistens mit Mentoren gemacht, meistens im Einzelunterricht. Seit dieser Zeit habe sich natürlich viel verändert und inzwischen seien auch viele Vorgaben seitens des Kantons gestellt worden.

Heute sei Integration angesagt. Heute sagen alle Politiker, dass alle Kinder gleich seien und somit alle in dieselbe Klasse müssen. Nur funktioniere dies natürlich auch nicht immer, aber man probiere mit anderen Massnahmen dem gerecht zu werden, unter anderem mit Begabungsförderung. Dies nicht nur noch ausschliesslich für Hochbegabte die man nach IQ klassiere. Sie schauen, was für besondere Begabungen bei einem Kind vorhanden sei und wie man dies vernünftig fördern könne. Das sei der Zweck, der man mit diesem Konzept erreichen möchte. Man habe in Wädenswil ein sonderpädagogisches Konzept erarbeitet und zwar habe man dies gemacht, weil man von der bisherigen grossen und intensiven Praxis der Kleinklassen auf integrative Förderung habe umstellen müssen. Sie haben das sorgfältig bearbeitet und seit dem Schuljahr 2010/2011, also im zweiten Jahr, in Kraft. Nächstes Jahr werde dies überarbeitet und man werde sehen, wo man allenfalls Anpassungen vornehmen müsse.

Er bitte darum, etwas mehr Geduld zu zeigen, bei neuen Sachen die eingeführt werden. Man müsse Zeit haben um die Projekte umzusetzen, man müsse Zeit haben um Erfahrungen zu sammeln und je nach dem was aus der Auswertung resultieren werde, muss man das Konzept vermutlich anpassen.

Er wäre dankbar, wenn die CVP mit der Interpellationsantwort leben könne und er mache gerne das Angebot, für alle die es interessiere, einen Besuch in der Schule abzustatten. Es habe Parteien gegeben, die sich informiere liessen und auch Fragen gestellt habe. Sie seien offenbar mit den Antworten zufrieden gewesen.

Beat Wiederkehr, CVP, teilt mit, dass er sich im Namen der CVP-Fraktion für die ausführliche schriftliche Antwort und speziell bei Johannes Zollinger für seine ergänzenden Ausführungen bedanke.

Sei die CVP grundsätzlich gegen die Begabtenförderung? Oder wolle sie sogar eine Sparübung durchziehen? Beides treffe nicht zu. Denn die CVP sehe in der Begafö auch positive Seiten. Und sie anerkennen auch das Engagement von Lehrpersonen und Schulpflege. Völlig unbestritten sei für sie auch die Förderung der Hochbegabten im herkömmlichen Sinne. Motivierte und besonders interessierte Kinder sollten zusätzliche Förderung erhalten. Auch sei es legitim, Lehrpersonen von schwierigen Kindern zu entlasten.

Im Jahr 2008 hätten nach dem bisherigen Konzept der Hochbegabtenförderung rund 40 Kinder vom damaligen Angebot profitiert. Nach dem neuen Konzept der Begabtenförderung erhalten heute etwa 90 Kinder speziellen Unterricht. So seien die Kosten von rund Fr. 260'000.-- auf Fr. 490'000.--, also beinahe um das Doppelte, angestiegen. Sind solche Investitionen gerechtfertigt? Sie hätten keine Antwort erhalten, wie hoch die Kosten einer rein integrativen Förderung gemäss den kantonalen Vorgaben im Vergleich zum heute in Wädenswil angewendeten Modell seien. Es würden sich für die CVP weiterhin folgende Kernfragen stellen: Sei die konzeptionelle Ausgestaltung und Umsetzung der Begafö griffig und zielführend? Und zweitens, werden die finanziellen Mittel den richtigen Massnahmen zugeführt?

Gemäss Konzept gehören Schüler mit einer hohen Begabung und auftretenden oder zu erwartenden Schulschwierigkeiten zur Zielgruppe der Begafö. Hochbegabte und Schüler ohne Schwierigkeiten können ebenfalls in eine besondere Förderung einbezogen werden, sofern das die vorhandenen Ressourcen zulassen. Die Prioritäten seien vorgegeben: Zuerst würden die schwierigen Schüler mit einer sogenannten hohen Begabung kommen, an zweiter Stelle dann die sogenannte normalen Schüler ohne Schwierigkeiten. Provokant frage er sich: Sollen besonders begabte oder besonders verhaltensauffällige Kinder gefördert werden?

Die zweite Kernfrage möchte eine Antwort wissen, ob die finanziellen Mittel den richtigen Massnahmen zugewiesen werden. Die CVP frage sich: Sollte ein Teil der Gelder für die heutigen Formen der Begafö nicht besser für andere Fördermassnahmen verwendet werden? Am 9. Juni habe die Bildungsdirektion über die Lehrstandserhebung in der sechsten Klasse orientiert. Die Resultate seien ernüchternd: Zwischen den leistungsschwächsten und leistungsstärksten Kindern habe sich seit dem Ende der dritten Klasse die Leistungsschere geöffnet. Bei den Leistungsstärksten seien sozial privilegierte Schüler übervertreten, bei den Leistungsschwächsten sei hingegen der Anteil sozial Benachteiligter besonders hoch. Jeder sechste Primarschüler genüge in Mathematik oder Deutsch nicht. Die Leistungen würden weit auseinander klaffen. Der Schule gelinge es nicht, die Abstände zu verringern. Es gäbe

zu viele Verlierer unter den Sechstklässlern. Der Lehrerverband verlange deshalb dringend Gegenmassnahmen. Bei der zitierten Studie handle es sich um eine kantonsweite Untersuchung. Die konkreten Verhältnisse an den Schulen in Wädenswil dürften wohl nicht viel anders ausgestaltet sein.

Die Resultate würden ihm klar zeigen, dass der Fokus stärker auf Schüler auszurichten sei, die Leistungsschwächen ausweisen, zum Beispiel Kinder mit deutlich unterdurchschnittlichen IQ. In der Schweiz lägen 13% unter dem Grenzwert von 400 Pisa-Punkten. Wenn es gelingen würde, die Leistungen der schwächsten Schüler im Pisa-Test anzuheben, so würde sich das auf die Volkswirtschaft als Ganzes und auf die spätere Einkommenssituation dieser Schulabgänger markant positiv auswirken. Dabei stimme er den Argumenten in der stadträtlichen Antwort zu, dass eine frühere Förderung aus wissenschaftlichen Gründen sinnvoll sei. Er finde aber: Die Schule soll sich verstärkter auf die "Risiko"-Gruppe konzentrieren, anstatt Ausschau zu halten nach Kindergärtler mit einer möglichen besonderen Begabung.

Ein weiteres Verbesserungspotential sehe er bei der Vorbereitung auf das Gymnasium. In der Stadt Zürich würden ab den Sommerferien dafür wöchentlich zwei Lektionen angeboten. Allen Leistungswilligen, interessierten und begabten Schülern solle nach dem Prinzip der Chancengleichheit eine Vorbereitung auf das Gymnasium ermöglicht werden. Besonders auch in der Bildungsstadt Wädenswil.

Solche Massnahmen wären für ihn weitaus effektiver und messbarer, als im Rahmen von Begafö Türme aus PET-Flaschen zu bauen oder Experimente mit Elektroautos aus Schaumstoff durchzuführen, wie es in der ZSZ vom 22.01.2011 beschrieben sei. Das heutige sonderpädagogische Konzept gelte bis zum Schuljahr 2011/2012. Sie fänden, Anpassungen seien notwendig, es gäbe Verbesserungspotential. Darum seien sie interessiert, mit Johannes Zollinger und den Schulverantwortlichen im Gespräch zu bleiben, bevor das Konzept für die weiteren Jahre vorgeschrieben werde.

Antrag auf Diskussion:

Der Rat stimmt grossmehrheitlich der Diskussion zu.

Willy Rüegg, SP, führt aus, dass jedes Kind in der Schule individuelle Förderung benötige. Es sei das Normalste überhaupt. Die Lehrerinnen und Lehrer geben ihr Bestes, den grossen Ansprüchen für die individuelle Förderung der Kinder zu genügen. Er sei acht Jahre lang Mitglied der Schulpflege gewesen – habe den Schulablauf beobachten können, darum könne er das versichern. Es sei heute einfach anders, aber es sei eine Krux. Die Qualität der Schulen koste Geld, was auch vorher bei der Rechnungsbehandlung erwähnt worden sei. Die Kosten seien nicht immer genau vorauszusagen und zudem sei es extrem schwierig, Zufriedenheit bei allen involvierten Personen herzustellen. Darum sei es kein Wunder, dass man ab und zu negative Stimmen höre. Es gäbe aber auch die positiven Stimmen. Man müsse im Bereich Schule und Jugend Augenmass haben und man müsse schauen wie sich die Schule entwickle. Er finde, man sei auf einem positiven Weg. Gerade jetzt sehe man die Einführung der Schülerkurse, aus Sicht der SP sei dies ein Schritt in die richtige Richtung. Sie haben grosses Vertrauen in die Führung der Abteilung und in die Führung der

Schulpflege. Zudem möchte er sich speziell beim Stadtrat Johannes Zollinger bedanken und möchte ihm auch mal ein Lob aussprechen.

Rahel Sonderegger, EVP, erklärt, dass es auch in Wädenswil eine Gymivorbereitung für jeden interessierten Schüler, der anständige Vornoten ausweisen könne, gebe.

Stadträtin Soziales Felicitas Taddei, möchte sich einerseits als Stadträtin Soziales, wie auch als Pädagogin zu Wort melden. Man müsse sich fragen, ob es Sinn mache, möglichst viele Kinder bereits nach der sechsten Klasse von Wädenswil ins Gymnasium zu schicken. Es mache wahrscheinlich mehr Sinn, dass die guten Schüler zuerst in die Oberstufe eingeschult werden und dann automatisch am Vorbereitungskurs fürs Gymnasium nach der zweiten Sekundarstufe teilnehmen. Wie Rahel Sonderegger bereits erwähnt hat, natürlich nur, wenn die Vornoten stimmen.

Heinz Wiher, GP, führt aus, dass sie zu den Parteien gehören die am Informations-Nachmittag teilgenommen haben. Er sei beeindruckt gewesen, was den Schülern alles geboten werde. Er habe sich gewünscht gleich nochmals in die Schule gehen zu können. Er finde es schlecht, wenn die schwächeren Schüler gegen die stärkeren ausgespielt werden. Wichtig seien die Ressourcen, jeder Schüler und jede Schülerin soll die richtige Art Bildung erhalten. So wie das mit der Begafö bei ca. 90 Schüler und Schülerinnen der Fall sei. Diese Kinder haben Freude an der Schule, darum sei dies der richtige Weg. Denn nur so könne man den Rohstoff Bildung pflegen. In die Bildung investieren, sei richtig investiertes Geld und darum sei er gerne bereit die Schule mit den die Mitteln die sie brauchen, um eine gute und interessante Schule zu sein, zu unterstützen.

Adrian Stucki, GP, findet, dass man es nie allen Recht machen könne. Als man Einzelunterreicht eingeführt habe, haben sich Menschen aufgeregt, es sei ein elitäres Getue und als das ausgeweitet worden sei, damit auch andere Kinder davon profitieren können, seien sofort Stimmen gekommen, dass nun jeder mitmachen könne.

Richtig recht machen könne man es niemanden. Er denke, es sei nun erkannt worden, dass man zu Beginn der Begafö Fehler gemacht habe oder Anfangsschwierigkeiten gehabt habe, in dem man chinesisches gelernt oder ein Schaumstoffauto gebastelt habe. Man soll ihnen die Chance geben, aus Fehlern zu lernen und dies zu ändern.

Die Interpellation betreffend Begabungs- und Begabtenförderung (Begafö) gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

33.04

6. Postulat der SP-, EVP/EDU- und GP-Fraktion und GLP, vom 6. Juni 2010, überwiesen am 21. Juni 2010, betreffend Attraktivität des Radwegnetzes in Wädenswil; Beantwortung

Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser, erklärt, dass Velofahren und Biken "in" sei. Das sehe man tagtäglich auf den Strassen und darum erscheine das Anliegen der Postulanten fast logisch. Jeder der einmal die Möglichkeit gehabt habe in Holland mit dem Velo unterwegs zu sein, der verstehe überhaupt nicht, dass man in Wädenswil für die Zweiräder solch komplizierten Verkehrswege habe. Leider sei es aber so, dass Wädenswil nicht im flachen Holland liege, sondern am Zürichsee. In Holland seien die Menschen schon früher oft mit dem Velo unterwegs gewesen und in Wädenswil sei man vermutlich erst später dazu gekommen. Daher seien vielleicht auch die Strassen nicht von früher her genug breit gebaut, dass noch ein Velostreifen Platz hätte, sondern seien für den normalen Verkehr – damals für Pferdekutschen, heute für die Motofahrzeuge – ausgelegt worden. Trottoir habe es früher ebenfalls noch nicht gegeben, diese seien erst dazu gekommen, als der Verkehr im Allgemeinen zugenommen habe.

Um die Lage in Wädenswil zu analysieren möchte er vorausschicken, dass dem Stadtrat die Anliegen der Postulanten durchaus plausibel erscheinen und dort wo die Umsetzung einfach gewesen sei, es bereits umgesetzt wurde. Es gebe Strassen bei denen der Gegenverkehr von Velos toleriert werde – auch in Einbahnstrassen. Aber es gebe auch Ausnahmen bei denen eine Umsetzung nicht so einfach sei, einerseits ein Velogegenverkehr zu erlauben oder andererseits ein Radstreifen zu signalisieren.

Es gäbe verschiedene Gründe, dass die Umsetzung nicht an allen Strassen realisiert werden könne. Die einen seien aber ganz klar auch politische Entscheide. Nehmen man als Beispiel die Speerstrasse mit den Parkplätzen auf der seeseitigen Fahrbahn. Es sei ein politischer Entscheid, ob man die Parkplätze aufheben wolle und einen Radstreifen machen wolle. Die Frage sei einfach wie sinnvoll das sei. Man sei auch darauf bedacht, dass das Hallenbad gut ausgelastet sei und wenn es weniger Parkplätze habe, kämen weniger Leute vorbei. Zudem werden die Parkplätze auch von Anwohnern benutzt, die zu wenig Parkmöglichkeiten beim Grundstück haben. Bei jeder Sanierung von Strassen werde der Stadtrat in Zukunft die Forderungen der Postulanten im Hinterkopf haben und versuchen, wo möglich dies umzusetzen. Ganz einfach sei das nicht, die Polizei hätte auch ein Wort mitzureden. Würde man zum Beispiel die Florhofstrasse gegen vorne zur Drogerie Müller her öffnen, wäre die Einmündung von Velofahrer in die Zugerstrasse sehr gefährlich. Das sei ja auch nicht das Ziel.

Er hoffe, man sei mit der Beantwortung zufrieden, sie sei sehr ausführlich ausgefallen. Vielleicht gerade deswegen, weil man nicht alle Forderungen habe einhalten können. Aber er finde es gut, dass der Rat hinter die gesamte Verkehrsplanung habe schauen können. Er bitte den Rat, das Postulat abzuschreiben.

Jonas Erni, SP, bedanke sich im Namen der involvierten Fraktionen für die Beantwortung des Postulats. Sie seien sehr froh, dass deutliche Verbesserungen für den langsamen Verkehr im Zentrum stattfinden. Er möchte auch an dieser Stelle nochmal die Wichtigkeit des langsamen Verkehrs betonen. Drei Punkte, wieso der Fuss- und Veloverkehr immer wichtiger werde sind:

1. Die schwächsten Verkehrsteilnehmer – die Kinder – gehen hauptsächlich zu Fuss oder mit dem Velo in die Schule und seien darum auf funktionierende Fuss- und Velowege angewiesen.
2. Jedes Velo und jeder Fussgänger mehr, der auf sein Auto verzichte, bringe dem Stadtzentrum weniger Schadstoffe und weniger Lärm.
3. Dadurch würde ein attraktiveres Stadtzentrum entstehen. So könne man viel eher Neuzuzüger gewinnen, anstatt unüberlegte Steuersenkungen.

Abschliessen möchte er erwähnen, dass man bei der Planung resp. Neugestaltung der unteren Zugerstrasse den Aspekt vom langsamen Verkehr miteinbeziehen soll. Gemäss Informationen die er habe, soll keine 30-Zone entstehen. Sie hoffen, es können trotzdem eine Verkehrsberuhigung stattfinden könne und eine Förderung vom langsamen Verkehr.

Antrag auf Diskussion:

Der Rat stimmt grossmehrheitlich der Diskussion zu.

Hanspeter Andreoli, BFPW, teilt mit, dass er einleitend sagen möchte, dass das BFPW für die Abschreibung des Postulats sei. Es sei Grundsätzlich richtig, dass der Veloverkehr gefördert werden soll. Sie möchten aber den Stadtrat bei seinen geplanten Massnahmen ermahnen, dass dies auf gar keinen Fall auf Kosten der Verkehrssicherheit gehen dürfe. Aus diesem Grund fänden sie zum Beispiel einen Gegenverkehr wie an der Oberdorfstrasse schlecht, wie es ja auch schon in im Postulat erwähnt wurde. Auch an der Poststrasse habe es Parkplätze und zwar auf beiden Seiten, welche die Verkehrssituation bei allfälligem Gegenverkehr für alle Verkehrsteilnehmer erheblich verschärfen würden. Eine Kernfahrbahn auf der Schönenbergstrasse, wie sie der Stadtrat zusammen mit dem Kanton zurzeit prüfe, könne sich das Forum auch nicht vorstellen, denn auch in diesem Fall käme es vermehrt zu gefährlichen Situationen. Im Übrigen sei die Einsiedlerstrasse nicht, wie in der Antwort des Stadtrats, auf sieben, sondern nur auf sechs Meter Breite ausgebaut worden, dies könnte der Grund sein, warum der Regierungsrat den Antrag des Stadtrats für einen Radstreifen ablehnte. Jeder hier im Saal welcher schon mal die Einsiedlerstrasse ab dem Reidbachweihen Richtung Richterswil gefahren sei, merke wohl selber dass die Fahrbahn für einen Radstreifen schlicht zu schmal sei. Das Gleiche gelte seines Erachtens auch für die Schönenbergstrasse. Das wäre keine positive Entwicklung für die Stadt Wädenswil.

Das Postulat der SP-, EVP/EDU- und GP-Fraktion und GLP, vom 6. Juni 2010, überwiesen am 21. Juni 2010, betreffend Attraktivität des Radwegnetzes in Wädenswil gilt als erledigt und wird antragsgemäss abgeschrieben.

30.06

7. Postulat der SVP, vom 24. Mai 2010, überwiesen am 21. Juni 2010, betreffend Ermahnung der Hundehalter über ihre Pflichten; Beantwortung

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit, Thomas Largiadèr, führt aus, dass der schriftliche Bericht sehr kurz ausgefallen sei und nach Heini Hauser heisse das, man habe schon diverse Sachen umsetzen können – was auch hier der Fall sei. Der Stadtrat habe das Anliegen geprüft und sei sich einig, dass der Hundekot nicht in die Wiese, nicht auf die Strasse und nicht auf das Feld gehöre. Zusammen mit dem Postulanten habe man diverse Standorte gefunden, wo man Ermahnungstafeln für Hundehalter aufgestellt habe. Die Polizei werde ebenfalls ein Auge darauf haben. Man habe schon Patrouillen durchgeführt bei dem das hauptsächlich kontrolliert wurde. Man müsse aber auch die Relationen sehen, es sei bestimmt keine Kernaufgabe der Stadtpolizei die Hundehalter zu verfolgen.

Sandy Bossert, SVP, bedankt sich beim Stadtrat für die drei neuen Ermahnungstafeln. Es sei für sie auch klar, dass es für die Polizei nicht Hauptaufgabe sein soll, die Hundehalter zu kontrollieren. Aber wenn ab und zu jemand eine Runde machen könnte, um die Wichtigkeit zu unterstreichen, wären sie sehr froh.

Antrag auf Diskussion:

Der Rat stimmt grossmehrheitlich der Diskussion zu.

Peter Schuppli, FDP, führt aus, dass es im Grunde genommen lächerlich sei, wenn man die Hundehalter mit Schildern an ihre Pflichten erinnern müsse. Ohne Sanktionen seien die aufgestellten Schilder überflüssig. Man müsse dies kontrollieren, schauen ob die Hundehalter sich an die Schilder halten. Man soll sich keinen Illusionen hingeben, dass diese Schilder etwas nützten. Aber nütze es nichts, so schade es nichts.

Sandy Bossert, SVP, erklärt, dass sie als Bäuerin sehr froh sei, dass dort nun Tafel stehen. Es gehe nicht um die Leute die jeden Tag bei ihnen mit dem Hund spazieren gehen, sondern um diejenige, vom Kanton Schwyz – dort herrsche Leinenzwang – die einfach ihre Autos abstellen und den Hund laufen lassen. Wenn man diesen Personen zumindest androhen könne, dass man das weitermelde, nütze das etwas.

Das Postulat der SVP, vom 24. Mai 2010, überwiesen am 21. Juni 2010, betreffend Ermahnung der Hundehalter über ihre Pflichten gilt als erledigt und wird antragsgemäss abgeschrieben.

04.05.10

8. Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 24. Januar 2011, überwiesen am 28. März 2011, betreffend Gewerbebauland in der Au ZH sowie der Zone für öffentliche Bauten (Kat.-Nr. 8880); Beantwortung

Stadtrat Finanzen, Paul Rota, teilt mit, dass der Rat die schriftliche Beantwortung erhalten habe. Er möchte ein paar Bemerkungen dazu machen. Man wisse, dass der Kanton sehr zurückhaltend sei, was Ein- und Umzonungen betreffe. Das zeige auch die aktuellen Revisionen der Planungen. Auf der anderen Seite sehe es der Stadtrat als besser geeignete Lösung – nicht Einzellösung, sondern Gesamtlösung eine Idee im Sinne von einem Gewerbepark – zum Beispiel in der hinteren Rüti zu verfolgen. Da sei der Stadtrat am Ball und hoffe eine gute und machbare Lösung zu finden.

Er möchte an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, dass erst vor einigen Jahren Gewerbeland in der Au habe umgezont werden müssen, weil keine Nachfrage bestanden habe. Darum habe man Wohnzonen daraus gemacht, das einheimische Gewerbe habe kein Interesse daran gezeigt. Die westlichen Parzellen seien vor ca. drei Jahren an auswärtige Firmen gegangen. Die Situation habe sich offenbar sehr schnell verändert. Der Stadtrat habe anfangs der 90er Jahre eine Weisung ausgearbeitet wobei es um den Kauf von Landparzellen ging. Leider habe auch der Antrag keine Mehrheit im Parlament gefunden obwohl dazumal schon diverse Gewerbler im Rat vertreten gewesen seien und die Entwicklung hätten voraussehen müssen.

Man habe für den grösseren Bedarf, aus verschiedenen Gründen, keine grosse Alternative, kein grosses Angebot auf dem Stadtgebiet. Daher seien auch viele Firmen ins Exil nach Samstagern etc. umgezogen.

Der Stadtrat sei dran Lösungen im Raum Neubüel und hintere Rüti zu finden und sie hoffen, dass man bald zu einem Ziel komme. Es sei nicht gratis und sie hoffen daher auf Unterstützung hier im Rat.

Ivo Peyer, BFPW, teilt mit, dass er sich zuerst einmal beim Stadtrat für die schnelle Beantwortung der Interpellation bedanken möchte. Die SVP/BFPW-Fraktion habe die Antworten zur Kenntnis genommen, mit den gemachten Antworten seien sie jedoch nicht zufrieden. Sie akzeptieren, dass sich Wädenswil als Bildungsstadt weiter verbessern wolle. Nur die Studenten, bzw. Studentinnen würden in der Stadt leider praktisch keine Steuern zahlen. Anders sieht es jedoch beim Gewerbe aus. Die bereits ansässigen Firmen zahlen zum Teil einen grossen Anteil des Steueraufkommens. Diese Firmen seien auch Ausbilder für unsere Jugend, welche kein Studium absolvieren können und wollen. Weiter seien sie auch Arbeitgeber für viele Einwohner in Wädenswil. Man benötige in der Schweiz nicht nur Studierende, sondern auch sogenannte Arbeiter die eine Wertschöpfung erbringen.

Weiter wäre es für Wädenswil oder die Au sehr interessant, auch neue Firmen nach Wädenswil zu locken. Nicht mit Steuergeschenken, dafür mit nötigem Gewerbeland, welches zur Verfügung stehe, wieso brauche es immer Reserven, wenn aus unserer Sicht Hand-

lungsspielraum bestehe, beziehungsweise Handlungsbedarf da sei? Wollte man, hart gesagt, einen Gewerbefriedhof? Hier verstehe das BFPW nicht, warum die Stadt wirklich zögere. Aber sie würden nun auf die Revision der Richtplanung warten. Sie hoffen einfach, dass dies nicht noch 10 Jahre dauert.

Noch etwas zum Schluss. Sie hätten das Pfadiheim zu keiner Zeit in Frage gestellt. Es gäbe auch Möglichkeiten, dieses dort zu belassen und auf dem restlichen Teil Land für das Gewerbe auszuschnitten.

Die Interpellation betreffend Gewerbebauland in der Au ZH sowie der Zone für öffentliche Bauten (Kat.-Nr. 8880) gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

31.04.10/34.06.40

9. Postulat der SVP, vom 1. Juni 2010, überwiesen am 21. Juni 2010, betreffend Wädenswiler Studenten Jahresfest; Beantwortung

Stadtpräsident, Philipp Kutter, sagt, dass sich die Stadt Wädenswil vor einiger Zeit vorgenommen habe, sich als Bildungsstadt zu positionieren. Sie betrachten das als wichtiges Argument der Standortförderung, weil Bildung und Forschung aus historischen Gründen Wädenswil von anderen Gemeinden unterscheidet. Bildung und Forschung seien in Wädenswil auch Wirtschaftsfaktoren, als Beispiel sei die ZHAW mit ca. 450 Arbeitsplätze ein relevanter Arbeitgeber und darum habe sich der Stadtrat dafür eingesetzt, dass man der Bildungsstadt etwas mehr Substanz gebe. Sie hätten sich über die Umsetzung Gedanken gemacht und ein Strategiepapier verabschiedet, was zufälligerweise diese Woche öffentlich präsentiert worden sei. Der Stadtrat habe vom Büro GR freundlicherweise eine Einladung erhalten, dieses an einer der nächsten Gemeinderatssitzungen vorzustellen.

Man sehe, dass die Stadt einige Anstrengungen unternehme, um die Bildungsstadt zu fördern und dazu gehöre, dass Anlässe mit Studenten stattfinden können. Die Stadt sei gerne bereit die Organisation zu unterstützen, zum Beispiel mit Räumen oder auch Hand zu bieten für verträgliche Lösungen, wenn es zum Beispiel darum gehe, Regeln aufzustellen wie solche Feste auszusehen haben. Wichtig sei aber aus Sicht der Stadt – was nicht nur für diesen Bereich gelte – der Anstoss für solche Aktivitäten muss von Betroffenen aus kommen. Was ja in Wädenswil generell gut funktioniere. Wenn der Anstoss von den Betroffenen, in diese Fall von den Studenten komme, dann könne man mit grosser Sicherheit davon ausgehen, dass es allen Bedürfnissen entspräche und auch bedürfnisgerecht umgesetzt werde. Er wage sich nicht vorzustellen, wie es wäre, wenn die die Stadt ein Fest für Studierende ausrichten würde.

Die Antwort sei kurzgesagt: Ja man unterstütze gerne Anlässe für Studierende, man sei aber nicht der Hauptorganisator.

Christina Zurfluh Fraefel, SVP, teilt mit, dass sie sich zwar für die Beantwortung der Interpellation bedanke, diese aber ihrer Meinung nach sehr dürftig und vor allem ziemlich fantasios ausgefallen sei.

Klar sei es nicht Hauptaufgabe des Stadtrats ein Fest auszurichten, dass sei auch nicht die Idee gewesen. In der Beantwortung werden vor allem die bestehenden Aktivitäten und existierende Studententreffs ausgeführt, ohne dass man sich Gedanken über die Gestaltung neuer, möglicher Plattformen für einen Austausch von Studierenden mit der breiten Bevölkerung gemacht habe. Auf der einen Seite haben Studierende Bedürfnisse wie z.B. Wohnmöglichkeiten, sie brauchen Personen für Befragungen und Tests oder Firmen als Auftraggeber von Projektarbeiten.

Auf der anderen Seite sollte Wädenswil ein Interesse daran haben, dass möglichst viele nach dem Abschluss ihres Studiums Wädenswil nicht einfach den Rücken kehren werden. Auch wenn einige nach dem Studium bis dato in Wädenswil geblieben seien, so sei es Zufall und es stehe vor allem kein Konzept seitens der Stadt dahinter. Natürlich ziehe es viele Studierende nach ihrem Abschluss in die Ferne, damit sie ihre Sporen abverdienen können, doch früher oder später werden diese auch wieder in ihrer Heimat landen. Und wenn es in dieser Stadt nicht nur Hochschulabgänger brauche, so sei doch Bildung nach wie vor das wichtigste Gut. Dass die Stadt diesen "Schweizer Rohstoff Bildung" nicht mehr Wertschätzung entgegen bringe und die Wortkreation "Bildungsstadt" auch lebe, sei unter Umständen eine verpasste Chance für die Zukunft.

Sie stelle Antrag auf Aufrechterhaltung.

Abstimmung über Antrag auf Aufrechterhaltung:

Der Rat lehnt die Aufrechterhaltung des Postulats grossmehrheitlich ab.

Das Postulat der SVP, vom 1. Juni 2010, überwiesen am 21. Juni 2010, betreffend Wädenswil Studenten Jahresfest gilt als erledigt und wird antragsgemäss abgeschrieben.

04.09.10

10. Interpellation der GP-Fraktion, vom 3. Juni 2011, betreffend Förderung der Biodiversität in Wädenswil; Begründung

Rita Hug, GP, teilt mit, dass die Fraktion der Grünen den Stadtrat gerne anfragen würde, ob bei der Bepflanzung der öffentlichen Anlagen Biodiversität bereits berücksichtigt worden sei. Könne sich die Stadt vorstellen, einen Teil des Friedhofs natürlich zu bepflanzen und zu beleben, in dem man zum Beispiel Magerwiesen fördere und möglichst nur einheimische Pflanzen setze. Ein wirklich schönes Beispiel dazu sei der Friedhof in Wohlen bei Bern. Er sei durch Feldblumen, Sträucher und Natursteinarten erweitert und im wahrsten Sinne des Wortes belebt worden. Es gäbe in Wädenswil noch andere Möglichkeiten, die Biodiversität zu fördern. Auf den Spiel- und Sportplätzen, in Freizeit- und Badeanlagen, oder auf den

Schularealen. Entlang der Eisenbahn oder auch rund um das Feuerwehrgebäude könnten Wildblumeninseln entstehen, die einen gepflegteren Eindruck hinterlassen würden. Diese Kleinbiotope die man vor der Haustüre anlegt, bringen einen höheren Erlebniswert und mehr Lebensqualität. Zudem würden langfristig weniger Kosten entstehen, da der Pflegeaufwand bei einer naturnahen Bepflanzung bedeutend geringer sei.

Eine naturnahe Bepflanzung habe auch einen positiven Effekt auf das Stadtklima. Sie habe eine kühlende Wirkung durch Wasserverdunstung, binde Staub und mache schlicht vielen Einwohnern Freude. Die einheimische Tierwelt sei auf einheimische Pflanzen als Nahrungsquellen angewiesen. Zum Beispiel bräuchten gewisse Wildbienen oder Schmetterlinge ganz bestimmte Blumen als Nahrungsquellen. Eintönige Rasenflächen, Thuja- oder Kirschloorbeerhecken seien ökologisch total wertlos.

Eigentlich hätte man zur Förderung der Biodiversität beste Voraussetzungen: Man habe genügend Grünflächen um der Biodiversität den nötigen Raum zu geben und man habe die Hochschule, die uns mit ihrem Know-How unterstützen könne. In diesem Zusammenhang möchte die GP den Stadtrat fragen, ob die Zusammenarbeit mit der Hochschule Wädenswil, die mit dem Projekt Silbersommer erfolgreich begonnen haben, fortgesetzt werde.

Weiter möchten sie gerne wissen, ob sich der Stadtrat vorstellen könne, Empfehlungen an Grundstückeigentümer betreffend der Bepflanzung zu geben. Es sei schade, wenn so grosse Flächen wie zum Beispiel bei den neuen Grossverteilern mit gebietsfremden Pflanzen versehen würden, die sich zwar bestens vermehren und anspruchslos seien aber die heimischen Pflanzen verdrängen würden.

Die Interpellation betreffend Förderung der Biodiversität in Wädenswil geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

04.03.25

11. Interpellation von Willy Rüegg, SP, vom 6. Juni 2011, betreffend Stadtentwicklung; Begründung

Willy Rüegg, SP, führt aus, dass die Wädenswilerinnen und Wädenswiler ihre Stadt lieben und sich für die Entwicklung der Stadt interessieren. Ein frühzeitiger Einbezug der Bevölkerung lohne sich in jedem Fall. Was passiere, wenn man dies nicht mache, habe man zur Genüge gesehen bei Projekten wie Feuerwehrhaus, Welle/Wolke, usw. Einbezug sei nötig und heisse Information. Die Information zum Thema Stadtentwicklung sei nun dringend nötig. Er möchte von kompetenter Seite hören, was Sache sei und was nicht. Die Bevölkerung sei verunsichert. Es reiche nicht, wenn ein stadtbekannter Architekt – der den Namen einer anderen Stadt im Kanton Zürich habe – informiert und seine Sicht darlege, es sei zwar legitim und trage zur Diskussion bei, es sei aber nicht gut, wenn es auf eine solche Meinungsäusserung keine Antwort gebe. Er persönlich werde von Leuten im Bus, auf der Strasse, im Quartier angefragt, was denn nun Sache sei. Es gebe konkrete Projekte, Visionen, die nie Realität werden. Man erinnere sich vielleicht an die Ausstellung Wädensville, dort sei das auch vermischt gewesen. Dies sei gefährlich, denn es brauche nur Aussagen von diversen Hausbesitzern, dass ihnen bereits heute nahegelegt worden sei, sie sollen sich von ihrer

Liegenschaft trennen. Und dann beginne die Gerüchteküche zu brodeln. Daher brauche es jetzt heute eine Klärung durch den Stadtrat.

Die Interpellation betreffend von Willy Rüegg, SP, vom 6. Juni 2011, betreffend Stadtentwicklung geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

Ansonsten gibt es gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte auf Anfrage keine Einwände

Simona Truttmann, Sekretärin-Stv. (Protokoll)